

## **Tagesordnung**

der 77. Sitzung (öffentlich) des Petitionsausschusses

am Montag, dem 2. März 2009, 13.00 Uhr

Berlin, Paul-Löbe-Haus

Sitzungssaal 4.900 (Europasaal)

- I Allgemeine Bekanntmachungen
- II Öffentliche Beratung von 8 Petitionen
- III Verschiedenes

## **Zu TOP II:**

### **1 1-16-06-1124-XXXXXX, 102XX Berlin**

#### **Verbot von politischen Parteien und Organisationen**

- Die Petentin, eine Vereinigung von Verfolgten des NS-Regimes, fordert ein Verbot der NPD. -

Zu diesem Anliegen liegen zurzeit 2 weitere sachgleiche Petitionen vor.

### **2 4-16-07-4033-XXXXXX, 075XX Gera**

#### **Annahme als Kind**

- Mit der Petition wird gefordert, dass der Deutsche Bundestag beschließen möge, dass

1. die Abstammungsurkunde weiterhin erhalten bleibt,
2. die Adoptiveltern verpflichtet werden, über die erfolgte Adoption ihrem adoptierten Kind sehr früh mitzuteilen bzw. spätestens mit Erreichung der Volljährigkeit darüber zu unterrichten, damit das Recht auf Herkunft gewährleistet werden kann. -

### **3 4-16-07-4011-XXXXXX, 551XX Mainz**

#### **Mietrecht**

- Mit der Petition wird gefordert, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, durch welche Mietinteressenten im privaten Wohnungsbereich gegenüber den Vermietern rechtlich gestärkt und sittenwidrige Auskunftsverlangen durch Vermieter im Vorfeld der Wohnungssuche eingeschränkt werden. -

### **4 4-16-07-311-XXXXXX, 525XX Übach-Palenberg**

#### **Insolvenzrecht**

- Der Petent fordert eine Ausweitung des neuen Insolvenzrechts auf private Konkurse, die vor Inkrafttreten des Insolvenzrechts stattgefunden haben. -

**5 4-16-07-451-XXXXXX, 513XX Leverkusen**

**Besonderer Teil des Strafgesetzbuches**

- Der Deutsche Bundestag möge beschließen, dass für Tätowierungen, Piercings und ähnliche Eingriffe - vergleichbar medizinischen Eingriffen - eine schriftliche Aufklärung mindestens 24 Stunden vor der Maßnahme zwingend erfolgen muss, die vom Durchführenden entsprechend dokumentiert ist. Die Aufklärung hat über Komplikationen und die Auswirkungen der Maßnahme sowie (eingeschränkte) Korrigierbarkeit wahrheitsgemäß zu informieren. -

**6 4-16-07-11080-XXXXXX, 783XX Öhningen**

**Bundesverfassungsgericht**

- Mit der Petition wird angeregt, § 93 Abs. 3 Bundesverfassungsgerichtsgesetz (BVerfGG) ersatzlos zu streichen. -

Zu diesem Anliegen liegt zurzeit eine weitere sachgleiche Petition vor.

**7 4-16-07-401-XXXXXX, 155XX Grünheide (Mark)**

**Schuldrecht**

- Mit der Petition wird gefordert, dass Abonnementverträge, die im Internet geschlossen werden, nur dann wirksam werden, wenn der Kunde den Vertrag vor Inkrafttreten noch einmal schriftlich bestätigt. -

Zu diesem Anliegen liegen zurzeit 5 weitere sachgleiche Petitionen vor.

**8 4-16-07-401-XXXXXX, 904XX Nürnberg**

**Schuldrecht**

- Der Petent fordert, dass die im Rahmen von unzulässigen Werbeanrufen zustande gekommenen Verträge nichtig seien. -